Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Boten und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit des durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 102. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 3. Mai 1927

Die Ostmark.

Von einem Teilnehmer an der soeben beendeten Ostmarkentagung der Deutschnationalen Volkspartei in Beuthen (O.-S.) wird uns geschrieben:

In der Ostmark liegen die Wurzeln der Deutschnationalen Volkspartei und darum finden die Tagungen ihres Ostmarkenausschusses weit über den Kreis der Partei hinaus Beachtung. Seit die Führer dieser Partei auch in der Reichsregierung sitzen, gewinnt eine Tagung, wie sie dieser Ostmarkenausschuß jetzt in Beuthen in Oberschlesien veranstaltete, noch mehr an Bedeutung, besonders dann, wenn der Reichsjustizminister Hergt, der ja zugleich auch Vizekanzler ist, auf dieser Tagung wichtige Ausführungen macht. Er betonte dabei nachdrücklich, daß er nicht etwa im Auftrage des Kabinetts spräche, aber es ist wohl selbstverständlich, daß er die Auffassungen der derzeitigen Regierung über das Grenzmarkenproblem im Osten wiedergibt.

Ebenso wie in seinen Worten, so treten in den Ausführungen wohl aller anderen Redner und Rednerinnen — auch derer, die aus Danzig und von jenseits der Grenze her nach Beuthen gekommen sind — immer wieder drei Gesichtspunkte heraus. Zunächst ist diese Grenze — um ein Wort des Vorsitzenden des Ostmarkenausschusses, Exzellenz von Kries, zu gebrauchen — eine „internationale Sehenswürdigkeit". Einen allzu bitteren Beigeschmack freilich hat dieses humoristische Wort, wenn man feststellen muß, mit welcher Raffiniertheit der chinesische Vorsitzende der Völkerbundkommission vor fünf Jahren die Grenze zog. Freilich legt man trotzdem in Oberschlesien die Hände nun keineswegs in den Schoß, obwohl man an allen Ecken und Kanten durch jene „internationale Sehenswürdigkeit" behindert wird. Reichsjustizminister Hergt legte in seinen Ausführungen des weiteren das entscheidende Gewicht darauf, zu erklären, daß Oberschlesien, überhaupt die ganze östliche Grenzmark, in den Bemühungen um den Wiederaufbau nicht allein gelassen werden darf. Vor ihm hatte der frühere Oberbürgermeister von Köln, Staatsminister a. D. Wallraf, der jetzt Zweiter Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei ist, einen Gesichtspunkt herausgearbeitet, den dann Minister Hergt noch weiter entwickelte: Gewiß haben die Ereignisse am Rhein, an der Ruhr und an der Saar die Blicke des deutschen Volkes nach dem Westen gedreht, mußte solange der Osten als weniger wichtig im Kampf um die Erhaltung unseres Volkstums erscheinen. Im Westen ist aber jetzt eine gewisse Beruhigung der Verhältnisse eingetreten und darum wendet sich, müßte sich wenigstens das Augenmerk des deutschen Volkes wenden auf den Osten. Mit besonderer Schärfe betonte Hergt, daß die neue Regierungskoalition an ein „Ostlocarno", also an eine freiwillige deutsche Anerkennung der verrückten Grenzziehung im deutschen Osten nicht denke. In dieser Ansicht treffen sich die Deutschnationalen unbedingt mit den Anschauungen auch der anderen Parteien und das gab der ganzen Beuthener Ostmarkentagung das überparteiliche Gepräge. Ebenso ist man sich darüber einig, daß die Grenzmarkenfrage im Osten wie im Westen eben keine Angelegenheit der Grenzmarken allein ist, sondern Sache des gesamten deutschen Volkes. Gegenüber dem Abwehrkampf im Westen, aber ganz besonders im Osten müssen deswegen auch die parteipolitischen und nicht zuletzt auch die konfessionellen Verschiedenheiten zurücktreten hinter der obersten Pflicht der Wahrung unseres Volkstums.

Charakteristisch für die Tagung war noch ein Weiteres. Die Frauen spielten auf ihr eine nicht bloß rednerisch wichtige Rolle und — auch hier kommt die in Grenzmarkfragen so überaus notwendige Überparteilichkeit stark zum Ausdruck — der Kampf in der Ostmark wird nicht mit lautem Getöse geführt, sondern er ist ein stiller, zäher Kampf, in dem nun gerade die deutsche Frau als Gattin und Mutter eine bedeutsame, vielleicht entscheidende Rolle spielt. Immer wieder klang es durch die Ausführungen aller Redner, daß die Erhaltung des Deutschtums diesseits und jenseits der Grenze aufs engste verknüpft ist gerade mit der stillen Arbeit der deutschen Frau, die den kommenden Geschlechtern die deutsche Kultur, deutsche Sprache und Sitte zu übermitteln hat.

Wir können die Arme jetzt wieder regen im Osten wie im Westen. Dort ist man sich dessen bewußt, was Grenzmarkpolitik heißt; aber die Kenntnis der Notwendigkeit dieses Kampfes auch in den Norden, in die Mitte und in den Süden des Reiches hineinzutragen, ist eine Aufgabe gerade der politischen Parteien, und das ist erfreulicherweise eine gemeinsame Aufgabe.

*

Angenommene Entschließungen.

Zum Schluß der Tagung fanden zwei Entschließungen Annahme. Die eine drückt den Memelländern die Anteilnahme der Deutschnationalen Volkspartei aus und verspricht, bei der Regierung mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß noch nachträglich den Memelländern das Selbstbestimmungsrecht verliehen wird. Die zweite gibt der Überzeugung Ausdruck, daß keine deutsche Regierung jemals Bindungen eingehen werde, die als Anerkennung des dem deutschen Osten angetanen schweren Unrechts ausgelegt werden könnten.

Die Verminderung der Besatzungstruppen.

Deutscher Schritt in der Besatzungsfrage?

„Der geeignetste Zeitpunkt."

Ein Berliner Blatt will aus gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen erfahren haben, daß Deutschland in allernächster Zeit Schritte zur Aufnahme von Verhandlungen über die Verminderung der Besatzungstruppen unternehmen wird. An den zuständigen Berliner Stellen war eine Bestätigung dieser Nachricht, die immerhin einiges Aufsehen erregen dürfte, noch nicht zu erlangen.

Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, so würde Deutschland diesen Schritt früher unternehmen, als es bei den zuständigen Behörden ursprünglich geplant war. Die dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann nahestehende Diplomatisch-politische Korrespondenz hat erst vor kurzem darauf hingewiesen, daß Deutschland sich bei der letzten Völkerbundtagung in Genf ausdrücklich den ihm geeignetsten Zeitpunkt vorbehalten habe, um die Verhandlungen über diese Frage einzuleiten. Als dieser Zeitpunkt war von der gleichen offiziösen Nachrichtenstelle die Beendigung der von der Interalliierten Militärkontrollkommission geforderten und von Deutschland nach langwierigen Verhandlungen zugestandenen Schleifung zahlreicher Anlagen der deutschen Ostbefestigungen angegeben, was etwa im Hochsommer der Fall sein dürfte.

Wie dem auch sei, eines steht fest, daß die Forderung nach Verminderung der Besatzungstruppen, in der sich alle Parteien Deutschlands einig sind, nicht verschwinden wird, bis Frankreich endlich seinem bereits gegebenen Versprechen nachkommen wird, daß die Besatzungstruppen höchstens die Stärke aufweisen dürfen, die der Stärke der deutschen Garnisonen in früherer Zeit entspreche.

*

Besatzungszwischenfall in Düren.

Ein bemerkenswerter Besatzungszwischenfall hat sich in der Wilhelmstraße in Düren in nächster Nähe der Polizeihauptwache abgespielt. Zwei Knaben, ein Deutscher und ein Franzose, hatten eine kleine Auseinandersetzung, ohne daß es zu Tätlichkeiten gekommen wäre. Zwei zufällig vorübergehende Zivilpersonen griffen ein. Der deutsche Junge lief davon, worauf eine der Zivilpersonen ihn einzuholen versuchte und schließlich mit dem Stock nach ihm warf. Der Stock zerbrach an einer Mauer und die Splitter verursachten bei einer vorübergehenden Frau eine leichte Hautabschürfung. Ihr Mann, der Schlosser Heinrich Juden, ging auf den Stockwerfer zu, um ihn zur Rede zu stellen. Dieser legitimierte sich als ein französischer Kriminalbeamter, erklärte Juden für verhaftet und fesselte ihn mit einem Strick am linken Arm. Als Juden erklärte, freiwillig folgen zu wollen, wurde die Fessel gelöst. Inzwischen war der Pflasterer Joseph Schmitz hinzugekommen, um Juden beizustehen; er wurde ebenfalls verhaftet und beide alsdann abgeführt.

Während Juden auf die Vorstellung der deutschen Polizeiverwaltung hin entlassen wurde, ist Schmitz ins Gefängnis eingeliefert und bisher auch nicht wieder entlassen worden. Von deutscher Seite sind alle Schritte unternommen worden, um auch Schmitz aus der Haft zu befreien.

Poincare zum Ergebnis der Abrüstungskonferenz.

Paris, 2. Mai. Ministerpräsident Poincare eröffnete heute die Tagung des Generalrates in Bar le Duc mit einer Rede, in der er erneut die Erfolge der Regierung auf dem Gebiet der finanziellen Wiederaufrichtung Frankreichs hervorhob. Er erklärte, es sei jetzt Aufgabe der Kammern, das bisherige Ergebnis in der Ausarbeitung des Voranschlages für 1928 zu konsolidieren. Eine schrittweise Revalorisierung des Franken oder eine sofortige gesetzliche Stabilisierung sei ohne ein im Gleichgewicht befindliches Budget und ohne gesundes Schatzamtgebaren nicht möglich. Eine Gefährdung der bisherigen Ergebnisse werde er unter keinen Umständen zulassen. Die Staatsbeamten seien Diener des Staates; sie hätten aber nicht das Recht, den Staat zu sabotieren. Es gehe nicht an, daß sie ihre Forderungen auf Umwegen zu erreichen suchten. Dem Kommunismus werde er sich mit aller Energie widersetzen. — Poincare kam dann auf das Ergebnis der Abrüstungskonferenz zu sprechen und erklärte, Frankreich sei die Nation, die ihr Heeres- und Marinebudget in den letzten Jahren stark vermindert habe. Frankreich wünsche nichts anderes, als regelmäßige Zahlung der Reparationssummen, so wie sie der Dawesplan vorsehe. Man könne Frankreich nicht beschuldigen, moralisch nicht abgerüstet zu haben. In Frankreich würden keine zahllosen Militärorganisationen aufrecht erhalten und in den Schulen und Universitäten Frankreichs würden keine imperialistischen Doktrinen gelehrt. Frankreich hätte es stets verstanden, die Rolle einer siegreichen Nation nicht durch Verewigung des Hasses, sondern durch Beruhigung der Gemüter zu spielen. Frankreich könne jedoch seine Unabhängigkeit nicht preisgeben, und ebensowenig auf die Rechte und Garantien verzichten, die es dank der Verträge besitze. So lange nicht alle Nationen aufrichtig die diplomatischen Abmachungen einhielten, die sie unterzeichneten, so lange würde es keiner Nation gelingen, und sei sie auch noch so entgegenkommend, sich beliebt zu machen. Man müsse verstehen, sich Respekt zu verschaffen und müsse genügend stark bleiben, um sich verteidigen zu können.

Chamberlain bestätigt französisch-russische Friedensverhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 3. Mai. Chamberlain erklärte gestern im Unterhaus, daß französisch-russische Friedensverhandlungen im Gange seien, ein Abkommen aber bis jetzt noch nicht zustande gekommen sei.

General v. Scholtz †.

Heimgang eines bekannten Heerführers.

In Ballenstedt, wo er als Ehrenbürger der Stadt lebte, ist General der Artillerie v. Scholtz gestorben. Er hat ein Alter von 76 Jahren erreicht.

General v. Scholtz war in Flensburg geboren. Er nahm an dem deutsch-französischen Krieg 1870-71 teil und avancierte als Offizier schnell bis zum General. Im Weltkriege führte er ein Armeekorps in Ostpreußen, nahm 1915 an der Eroberung der russischen Festungen und an dem Vormarsch im Baltenlande teil, 1917 kam er zur Saloniki- und zur rumänischen Front, wo er bis zum Ende des Krieges verblieb. Für die Erstürmung der russischen Festung Grodno hatte er den Pour le mérite erhalten.

Die Lage der deutschen Landwirtschaft.

Eine Rede Dr. Haslindes.

In Saarbrücken sprach der ehemalige Reichsernährungsminister Haslinde über „Lage und Zukunft der deutschen Landwirtschaft". Er führte u. a. aus: Die deutsche Agrarwirtschaft besitze die große Bedeutung als Tragfläche für die Industrie und für die Beschäftigung der industriellen Arbeiterschaft. Das Gesamtbild der deutschen Landwirtschaft erscheine heute nicht mehr so drohend wie noch bei Beginn des Vorjahres. Es würde noch weit besser sein, wenn uns nicht die Ungunst der Witterung im letzten Herbst eine leider nur recht mäßige Ernte gebracht hätte. In der Entwicklung eines starken leistungsfähigen Landwirtschaftsrates liege eine wesentliche Zukunftsaufgabe unserer Landwirtschaft. Weiter sei ein dringendes Problem der nächsten Zukunft die Siedlung. Eine großzügige Siedlung, besonders an den östlichen Randgebieten, sei dringend geboten. Zum Schluß wies er auf die Notwendigkeit der Schaffung internationaler Organisationen der Landwirtschaft hin.

*

Beendigung der Internationalen Getreidekonferenz.

Die in Rom tagende Internationale Getreidekonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Eine zweite Internationale Getreidekonferenz soll im Jahre 1930 wieder in Rom stattfinden. Der deutsche Vertreter Baur hob in der Schlußsitzung hervor, daß der Kampf um das Getreide im wesentlichen einen Kampf um den Weltfrieden darstelle.

Die Ueberschwemmung in Amerika.

200 000 Existenzen vernichtet.

Nach den letzten Berichten aus New Orleans wurde die Bruchstelle des Mississippidammes durch weitere Sprengungen um etwa 200 Meter erweitert. Durch die Bruchstelle strömen jetzt 200 000 Kubikfuß Wasser in das untere Land. Infolge der Erweiterung der Bruchstelle ist der Wasserspiegel um fünf Zentimeter gefallen. Die Bruchstelle erweitert sich von Stunde zu Stunde, und die Ingenieure beabsichtigen, sie mit Metallblechen zu versteifen, sobald sie die Breite von etwa 650 Meter erreicht hat. Fünfzehn weitere Quadratmeilen Landes sind unter Wasser gesetzt worden.

Handelssekretär Hoover, der auf einer Besichtigungsreise durch das Überschwemmungsgebiet begriffen ist, hielt im Rundfunk eine Rede, die im ganzen Lande mitangehört wurde. Er beschrieb darin die Überschwemmung als die schlimmste in der Geschichte des Landes. 200 000 Personen seien ruiniert, sechs Millionen Acres überschwemmt und ein Schaden von 200 Millionen Dollar an-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF